



**Sicher Bauen –
über Grenzen hinweg**

**Budować bezpiecznie
ponad granicami**

Ratgeber zum Bauen in Deutschland



Staatliche Arbeitsschutzverwaltung des
Landes Brandenburg und der Republik Polen

Federalny Urząd Ochrony Pracy Landu
Brandenburgii i Państwowa Inspekcja Pracy
w Polsce



Wydawnictwo sponsorowane ze środków UE
Gefördert mit Mitteln der EU

Sicher Bauen – über Grenzen hinweg

Budować bezpiecznie ponad granicami

Ratgeber zum Bauen in Deutschland

Budować bezpiecznie w Niemczech

Informationen für Bauherren und
Arbeitgeber / Unternehmer zum Baurecht
sowie zu Aspekten der Sicherheit und
des Gesundheitsschutzes bei der Planung
und Errichtung eines Bauwerks

Informacje dla inwestorów oraz
pracodawców / przedsiębiorców na temat
prawa budowlanego i aspektów
bezpieczeństwa i ochrony zdrowia przy
planowaniu i realizacji budowy



Einleitung

In der Bundesrepublik Deutschland sind öffentlich-rechtliche Regelungen über die Zulässigkeit des Bauens unverzichtbar. Im Baugenehmigungsverfahren wird geprüft, ob das beabsichtigte Bauvorhaben allgemein den geltenden öffentlich-rechtlichen und speziell den bauplanungs- und bauordnungsrechtlichen Vorschriften entspricht. Darüber hinaus hat der Bauherr in der Bundesrepublik Deutschland auch eine Mitverantwortung für den Arbeitsschutz auf Baustellen. Nach der Baustellenverordnung als Umsetzung der EG-Baustellenrichtlinie muss der Bauherr Pflichten bezüglich der Einbeziehung von Sicherheit und Gesundheitsschutz in die Phasen der Planung und Errichtung eines Bauvorhabens erfüllen. Damit soll ein wirksamer Beitrag geleistet werden, um vermeidbare Gefährdungen für die Beschäftigten auf Baustellen durch mangelhafte Planung, Zeitdruck oder unzureichende Koordination der Arbeit zu vermeiden. Zur Begründung wird u. a. darauf verwiesen, dass die Zahl verunfallter Beschäftigter auf Baustellen noch immer mehr als doppelt so hoch ist wie im Durchschnitt aller Zweige der gewerblichen Wirtschaft und die Zahl der Frühverrentungen aus gesundheitli-

chen Gründen bei Bauarbeitern ebenso weit über dem Durchschnitt liegt.

Das Baurecht – Wissenswertes für den Bauherrn



Bevor ein Grundstück bebaut oder auch anderweitig genutzt werden kann, sind durch die Bauleitplanung die erforderlichen Vorbereitungen zu treffen, damit die beabsichtigte Nutzung des Grundstückes der städtebaulichen Ordnung und Entwicklung entspricht. Dabei sind der Flächennutzungsplan als vorbereitender Bauleitplan und der Bebauungsplan als verbindlicher Bauleitplan die wesentlichen Bestandteile. Erst das Vorliegen des Bebauungsplanes, der durch die Kommunen (Städte oder Gemeinden) als Satzung erlassen wird, schafft das Recht zum Bauen. Im Bauordnungsrecht der Länder (Landesbauordnungen) sind weitere Anforderungen enthalten, die der Bauherr und alle am Bau Beteiligten beachten müssen. Diese beziehen sich u. a. auf das Grundstück und seine Bebauung. Geregelt sind beispielsweise die Einhaltung von Abständen, die äußere Gestaltung, die Gewährleistung der Standsicherheit, der Schutz gegen Erschütterung, Feuchtigkeit und Korrosion, der Brand- und Wärmeschutz, der Schallschutz sowie die Verkehrssicherheit, die Beleuchtung und Beheizung.

Bauherr

Wer ein Bauvorhaben vorbereitet und ausführen lässt, ist Bauherr. Dieser ist u. a. verpflichtet, die erforderlichen sachverständigen Personen zu beauftragen: für den Entwurf, d. h. die Gesamtplanung des Bauvorhabens, den Entwurfsverfasser (Architekt, Bauingenieur), den Vermessungsingenieur, die Fachplaner für Statik, Haustechnik u. a., für die Ausführung den Bauleiter und den Unternehmer. Der Bauherr hat der Bauaufsichtsbehörde u. a. den Baubeginn, die Fertigstellung des Rohbaus und die abschließende Fertigstellung anzuzeigen, ihr die beauftragten Sachverständigen mitzuteilen und die erforderlichen Nachweise zu erbringen.

Entwurfsverfasser

Der Entwurfsverfasser, üblicherweise ein Architekt oder Bauingenieur, berät seinen Bauherrn und fertigt die Bauvorlagen, wenn nötig mit anderen Fachplanern. Für die Richtigkeit dieser Unterlagen trägt der Entwurfsverfasser die Verantwortung. Daher müssen die zum Bauantrag gehörenden Bauvorlagen von einem Entwurfsverfasser unterschrieben sein, der „bauvorlageberechtigt“ ist. Jeder Fachplaner (Statiker, Ingeni-



eure für Heizung, Lüftung, Aufzüge, Schallschutz usw.) und jeder Vermessungsingenieur ist für die Vollständigkeit und Brauchbarkeit seines Fachentwurfs verantwortlich, der Entwurfsverfasser auch für das ordnungsgemäße Ineinandergreifen aller Fachentwürfe untereinander. Der Entwurfsverfasser muss alle öffentlich-rechtlichen Vorschriften einschließlich des Arbeitsschutzrechts beachten.

Bauantrag

Mit einem schriftlichen Bauantrag begehrt der Bauherr die Baugenehmigung. Der Bauantrag muss das Vorhaben baurechtlich vollständig in prüfbar Bauvorlagen darstellen: Lageplan, Bauzeichnungen, Baubeschreibung, Entsorgung, mit Einschränkung bautechnische Nachweise für Standsicherheit, Wärme- und Schallschutz. Der Bauantrag ist bei der Bauordnungsbehörde einzureichen.

Baugenehmigung

Die Baugenehmigung ist der schriftliche Bescheid, dass einem Bauvorhaben das z. Zt. geltende öffentliche Baurecht nicht entgegensteht. Die Baugenehmigung verändert nicht die privaten Rechte wie Grundeigentum,

Wegerecht, Pacht- und Mietverträge, Hypotheken und andere. Auf Wunsch des Bauherrn oder eines Entwurfsverfassers wird der Bauantrag schrittweise nach dem Entwurfsfortschritt gestellt, geprüft und mit Vorbescheiden abgeschlossen.

Beteiligte Behörden

Bei der Beurteilung der Bauvorhaben hat das Bauordnungsamt andere Fachbehörden innerhalb der Verwaltung zu beteiligen, z. B. die untere Wasserbehörde, die untere Naturschutzbehörde, die untere Abfallwirtschaftsbehörde, die untere Denkmalschutzbehörde, die für Brand- und Feuerschutz zuständige Stelle, das Gesundheitsamt u. a.; bei manchen Vorhaben auch andere Behörden wie das staatliche Gewerbeaufsichtsamt (Landesamt für Arbeitsschutz), das Landesstraßenbauamt, das Landesumweltamt, das Forstamt und besondere Sachverständige. Von einer Baugenehmigung hat das Bauordnungsamt zu unterrichten: das statistische Landesamt, das Finanzamt, das Steueramt, den Bezirksschornsteinfegermeister, das Vermessungs- und Katasteramt, das Amt für Wohnungswesen u. a.



Bauaufsichtsbehörden

Die oberste Bauaufsichtsbehörde des Landes bestimmt durch Verwaltungsvorschriften nähere Anforderungen an Baustoffe, Bauteile und Gebäude. Das Bauordnungsamt (auch Bauaufsichtsamt genannt) hat als untere Bauaufsichtsbehörde das Bauordnungsrecht zu vollziehen und bei Baugenehmigungen und Ablehnungen das Bodenrecht durchzusetzen.

Prüfingenieure

Als „Prüfingenieur für Baustatik“ wird anerkannt, wer nach seiner Fachkenntnis, Erfahrung und Persönlichkeit die Gewähr bietet, der Aufgabe eines „Prüfingenieurs“ gewachsen zu sein und sie unparteiisch zu erfüllen. Sie sind als Beliehene für die untere Bauaufsichtsbehörde tätig.

Bauleiter

Der Bauleiter ist vom Bauherrn zu seinem sachverständigen Vertreter zu beauftragen, um die Errichtung des Bauvorhabens übereinstimmend mit dem Baurecht und mit dem Vertragsrecht überwachen zu lassen. Der Bauleiter, üblicherweise der Entwurfsverfasser oder einer seiner Mitarbeiter, ist nicht zu verwechseln mit den Verantwortlichen der ausführenden Unternehmen auf der Baustelle.

Unternehmer

Der Unternehmer ist vom Bauherrn zu beauftragen, um nachweisbar das Bauvorhaben regelrecht, sicher und baurechtmäßig zu erstellen. Im privaten Leistungsvertrag wird mit ihm Art und Qualität der Ausführung nach der Verdingungsordnung im Bauwesen (VOB) vereinbart.

Baubeginn

Baubeginn ist der erste Spatenstich für die Baugrube. Sein Bauvorhaben darf der Bauherr erst dann beginnen, wenn es ihm genehmigt worden ist und er dem Bauordnungsamt angezeigt hat, es sei nach Lage und Höhe abgesteckt.

Bauzustandsbesichtigung

Die Fertigstellung des Rohbaus und die abschließende Fertigstellung hat der Bauherr der Bauaufsichtsbehörde rechtzeitig anzuzeigen. Diese prüft durch die Bauzustandsbesichtigung die Übereinstimmung der wesentlichen Bauteile mit der Baugenehmigung und mit den geltenden Bestimmungen. Die Bauaufsichtsbehörde kann den Umfang der Besichtigung auf Stichproben beschränken, im Einzelfall ganz auf sie verzichten. Über das Ergebnis der Besichtigung stellt die Bauaufsichts-



behörde auf Verlangen des Bauherrn eine Bescheinigung aus.

Abnahme

Durch die Abnahme übernimmt der Bauherr oder sein Beauftragter von seinem Unternehmen eine Bauleistung und erkennt sie gleichzeitig als vertragsmäßig hergestellt an. Die Abnahme ist nicht zu verwechseln mit der Benutzungsgenehmigung.

Benutzungsgenehmigung

Erst nach der Errichtung, jedoch vor der Benutzung bedürfen bestimmte Haustechnikanlagen, z. B. Feuerungsanlagen, offene Kamine, Wärmepumpen, Wasserversorgungsanlagen, Abwasseranlagen einer Benutzungsgenehmigung. Eine solche ist nicht erforderlich, wenn durch eine Bescheinigung des errichtenden Unternehmens oder eines Sachverständigen nachgewiesen wird, dass die Anlage den gültigen Vorschriften und Rechtsnormen entspricht. Im Leistungsvertrag sollte der Bauherr jeden Unternehmer ausdrücklich beauftragen, diese Bescheinigung über seine Leistung rechtzeitig vorzulegen. Fehlt die Bescheinigung, so hat das Bauordnungsamt auf Kosten des Bauherrn gebührenpflichtig den Bauzustand zu besichtigen, um die

Benutzung genehmigen zu können. Der Schlussabnahmeschein, der die Benutzung freigibt, darf von der Bauaufsichtsbehörde nur auf der Grundlage einer Bauzustandsbesichtigung erteilt werden.

Die Baustellenverordnung – Wissenswertes für den Bauherrn



Verantwortung des Bauherrn

Als Veranlasser eines Bauvorhabens trägt der Bauherr die Gesamtverantwortung für das Bauvorhaben. Diese Gesamtverantwortung umfasst sowohl die Planungs- wie auch die Ausführungsphase des Bauvorhabens. Die Verantwortung des Bauherrn bezieht sich auf die Erfüllung der öffentlich-rechtlichen Vorschriften, insbesondere der Forderungen des öffentlichen Baurechts und seit Inkrafttreten der Baustellenverordnung auch auf die Erfüllung von Arbeitsschutzvorschriften. Der Bauherr ist zur Einleitung und Umsetzung der in der Baustellenverordnung verankerten Arbeitsschutzmaßnahmen verpflichtet.

Verantwortlicher Dritter

Der Bauherr kann die Aufgaben nach der Baustellenverordnung einem geeigneten Dritten übertragen, der diese dann in eigener Verantwortung wahrnimmt. Der Bauherr behält allerdings die Auswahlverantwortung, d. h. er muss für die sorgfältige Auswahl des verantwortlichen Dritten hinsichtlich seiner Eignung, für die ordnungsgemäße Übertragung von Aufgaben und Befugnissen und für die Überprüfung der Wahrnehmung der Aufgaben sorgen.

Allgemeine Grundsätze nach § 4 des Arbeitsschutzgesetzes

Während der Planung und während der Ausführung von Bauvorhaben müssen die erforderlichen Arbeitsschutzmaßnahmen Berücksichtigung finden. Bei der Festlegung der Maßnahmen, bei ihrer Durchführung und bei der Kontrolle ihrer Wirksamkeit sind allgemeine Grundsätze zu berücksichtigen. Diese sind im Arbeitsschutzgesetz definiert und erfordern bezogen auf das Bauvorhaben die frühzeitige und vorausschauende Ermittlung von Gefährdungen bereits während der Planungsphase. Es ist nach Möglichkeiten zu suchen, Gefährdungen zu vermeiden oder zu minimieren. Unter Einbeziehung ggf. erforderlicher fachkundiger Personen sind der Stand der Technik, der Arbeitsmedizin und Hygiene sowie sonstige gesicherte arbeitsmedizinische Erkenntnisse zu berücksichtigen. Dabei sind die Wechselwirkungen des Zusammenwirkens von Personen, Arbeitsmitteln, Arbeitsgegenständen und der Arbeitsorganisation im Zusammenhang mit der Arbeitsaufgabe und mit dem Arbeitsumfeld zu beachten. Die sich auf einer Baustelle ständig ändernden Bedingungen erfordern ggf. besondere Maß-



nahmen. Die Anwendung der allgemeinen Grundsätze erfordert eine spezielle Fachkunde, die der Bauherr selbst in der Regel nicht hat. Deshalb ist es oft erforderlich, geeignete Personen mit Fachkenntnissen (z. B. Koordinator) auf dem Gebiet des Arbeitsschutzes bei der Erfüllung der Anforderungen aus der Baustellenverordnung einzubeziehen.

Anwendung der allgemeinen Grundsätze

Bei der Erstellung der Baubeschreibung und bei der Ausschreibung müssen die allgemeinen Grundsätze berücksichtigt werden. Die Unfallversicherungsträger und freie Anbieter bieten Musterausschreibungstexte an, die diesen Anforderungen genügen. Allen Beteiligten müssen so früh wie möglich die erforderlichen Informationen über Restgefährdungen und die dort vorgesehenen Schutzmaßnahmen bekannt gegeben werden, das betrifft besonders Arbeitsbereiche, in denen verschiedene Auftragnehmer gleichzeitig tätig werden. Bei Nachträgen und Konkretisierungen zu den einzelnen Gewerken müssen die Grundsätze ebenfalls berücksichtigt werden.

Vorankündigung

Die Vorankündigung des Bauvorhabens ist der zuständigen Arbeitsschutzbehörde spätestens zwei Wochen vor Einrichtung der Baustelle zu übermitteln. Sie ist außerdem auf der Baustelle sichtbar und gegen Witterungseinflüsse geschützt auszuhängen und bei erheblichen Änderungen zu den dort erfolgten Angaben zu aktualisieren. Dadurch erhalten die an dem Bauvorhaben Beteiligten und die auf der Baustelle Tätigen einen schnellen Überblick über die Verantwortlichkeiten und die Organisation der Baustelle. Die zuständige Arbeitsschutzbehörde erhält dadurch die Möglichkeit, schon vor Beginn der Bauarbeiten bei Erfordernis beratend tätig zu werden.

Sicherheits- und Gesundheitsschutzplan (SiGe-Plan)

Der SiGe-Plan ist das wichtigste Instrument bei der Sicherheitskoordination für das Bauvorhaben. Um wirksam werden zu können, muss der SiGe-Plan bereits während der Planungsphase für die Ausführung erarbeitet werden. Die Sicherheitsplanung beginnt mit der Baubeschreibung und der Ausschreibung der Gewerke und Leistungen. Darin sind, ähnlich wie in einem Bauzei-



tenplan, die zeitliche Abfolge der Arbeitsabläufe und Gewerke und die eventuellen gegenseitigen Berührungspunkte untereinander darzustellen. Besonderes Augenmerk liegt auf dem frühzeitigen Ermitteln und Beurteilen der im Zusammenhang mit den Arbeiten auftretenden möglichen Gefährdungen. Die Gefährdungen und die Maßnahmen des Arbeitsschutzes, die den erkannten Gefährdungen entgegengesetzt werden, sind zu benennen. Die Verantwortlichen für die Ausführung der Maßnahmen müssen klar erkennbar sein. Durch die auf einer Baustelle vorherrschende Dynamik können sich jederzeit Veränderungen zu der ursprünglichen Planung ergeben. Diesen Veränderungen ist durch entsprechende Aktualisierung des SiGe-Planes Rechnung zu tragen. Besonders kenntlich zu machen sind Sicherheitsmaßnahmen, die gewerkeübergreifend von mehreren Auftragnehmern gemeinsam genutzt werden. Es ist wichtig, den SiGe-Plan allen Beteiligten, insbesondere aber den bauausführenden Firmen zu erläutern, diese darin einzuweisen und die Verantwortlichkeiten bekannt zu geben. Der SiGe-Plan muss auf der Baustelle von den Beteiligten eingesehen werden können.

Koordinierung

Durch sinnvolle Koordinierung wird ermöglicht, den Bauablauf zu jeder Zeit sicher zu gestalten und einen reibungsfreien Bauablauf zu erzielen. Die Koordinierung muss bereits in der Planungsphase einsetzen, um wirksam zu sein. Sie kann im Verlaufe der Abwicklung des Bauvorhabens sehr unterschiedliche Formen annehmen. Das reicht von der Beratung des Bauherrn bei der Planung der Baustelleneinrichtung (z. B. gemeinsam durch mehrere Gewerke zu nutzende Schutzeinrichtungen), über das Mitwirken bei der Ausschreibung mit der Berücksichtigung von Arbeitsschutzaspekten bis hin zur Ausarbeitung des SiGe-Planes. Während der Ausführungsphase des Bauvorhabens ist es erforderlich, unter Berücksichtigung der allgemeinen Grundsätze die vereinbarten Maßnahmen aufeinander abzustimmen, die Zusammenarbeit der bauausführenden Firmen in Bezug auf Sicherheit und Gesundheitsschutz zu organisieren und die Ausführung der Arbeiten zu überwachen. Dazu ist es notwendig, Baustellenbegehungen regelmäßig durchzuführen und die Feststellungen auf den Baubesprechungen den Verantwortlichen mitzuteilen. Dies ist die Aufga-



be des vom Bauherrn zu bestellenden Koordinators.

Koordinator

Der Koordinator hat die Aufgabe, den Bauherrn hinsichtlich des sicheren und gesundheitsgerechten Bauablaufes zu beraten und zu unterstützen. Grundvoraussetzung für diese Aufgabe ist es, dass alle Beteiligten untereinander die notwendigen Informationen austauschen und die Kommunikation gewährleistet ist. Der Koordinator muss für diese umfassende Aufgabe vor allem geeignet sein. Dazu gehört, dass der Koordinator sowohl über baufachliche als auch über arbeitsschutzfachliche Kenntnisse verfügt. Von Vorteil sind bereits vorhandene Koordinatorenerfahrungen und Erfahrungen in der Planung und Ausführung von Bauvorhaben. Aber auch persönliche Eigenschaften, wie Durchsetzungsvermögen und soziale Kompetenz, die beim Umgang mit Menschen auf der Baustelle und im Team von nicht zu unterschätzender Bedeutung sind, sollte der Koordinator mitbringen. Der Bauherr muss den Koordinator schriftlich beauftragen und ihm die Befugnisse damit übertragen. Die Pflichten der Arbeitgeber der bauausführenden Unter-

nehmen in Bezug auf die arbeitschutzrechtliche Verantwortung bleiben vom Einsatz eines Koordinators unberührt.

Unterlage für spätere Arbeiten am Bauwerk

Die Unterlage für spätere Arbeiten dient der Bereitstellung von Informationen, die erforderlich sind, um spätere Arbeiten am Bauwerk ohne Gefahr und gesundheitsgerecht ausführen zu können. Sie wird in der Regel vom Koordinator in Zusammenarbeit mit dem Architekten/Planer erarbeitet. Spätere Arbeiten können Wartungs- und Instandhaltungsarbeiten aber auch Abbrucharbeiten des Bauwerks sein. Die Unterlage informiert z. B. über verbaute Materialien, enthält Zeichnungen sowie Genehmigungs- und Prüfunterlagen und informiert über notwendige Sicherheitseinrichtungen für die Durchführung späterer Arbeiten. Mit der Erstellung der Unterlage muss schon in der Planungsphase des Bauvorhabens begonnen werden. Mit der Ausschreibung der Bauleistungen bietet es sich an, wesentliche Aspekte, die für die sichere Durchführung späterer Arbeiten von Bedeutung sind, in die Unterlage zu übernehmen. Mit der Unterlage soll



gewährleistet werden, dass schon lange bevor Wartungs- oder Instandhaltungsarbeiten notwendig werden, Vorschläge für ein gefahrungsfreies späteres Arbeiten vorliegen, die wiederum die Grundlage für die Ausschreibung der späteren Arbeiten bilden. Die Unterlage ist dem Bauherrn nach Beendigung der Bauarbeiten zu übergeben. Die Unterlage ist aufzubewahren und ggf. dem Nutzer

des Bauwerks zur Verfügung zu stellen.

Unternehmer ohne Beschäftigte

Unternehmer ohne Beschäftigte, die selbst auf der Baustelle tätig werden, haben ebenfalls die Hinweise des Koordinators zu berücksichtigen und die Arbeiten entsprechend des SiGe-Plans durchzuführen.

Integration der Baustellenverordnung in den Bauablauf

1. Entwurfsphase

Maßgeblich beteiligte Personen in der Entwurfsphase sind der Entwurfsverfasser und der Bauherr.

Bauablauf	Maßnahmen zu Sicherheit und Gesundheitsschutz	Verantwortlich
Erstellung des Konzeptes	Bereits bei der Konzeption müssen die Kriterien der Sicherheit und des Gesundheitsschutzes berücksichtigt werden > dazu gehören das Vermeiden bzw. das Verringern von Risiken, die Einschätzung von Gefahren und das Bekämpfen an deren Entstehungsstelle und die Berücksichtigung des Standes von Technik, Arbeitsmedizin und sonstigen wissenschaftlichen Erkenntnissen	Bauherr, Entwurfsverfasser, Koordinator, sofern bereits bestellt



Bauablauf	Maßnahmen zu Sicherheit und Gesundheitsschutz	Verantwortlich
Finanzierungskonzept	Einplanen von Kosten für Maßnahmen nach der Baustellenverordnung (Kordinator und dessen Leistungen, z. B. SiGe-Plan, Sicherheitsmaßnahmen während der Bauausführung, z. B. Gerüste, dauerhafte sicherheitstechnische Maßnahmen)	Bauherr, Entwurfsverfasser
Fachplanung, Qualifikationen	Beachtung evtl. nötiger spezieller Qualifikationen bzgl. des Arbeitsschutzes, Auswahl und Bestellung des Koordinators für die Planungsphase; Einbindung von Maßnahmen nach Baustellenverordnung in die Planung und Koordinierung der Maßnahmen mit Entwurfsverfasser und Fachplanern	Bauherr, Entwurfsverfasser, Koordinator
Sammeln von Informationen, die für die Planung von Bedeutung sind	Altlastenerkundung, anliegende Medien, Versorgungsleitungen und Einbindung in die SiGe-Planung	Bauherr, Entwurfsverfasser, Koordinator

2. Bauantrag, Baugenehmigung

Maßgeblich beteiligte Personen: Entwurfsverfasser, Bauherr, Bauaufsichtsbehörde, ggf. Fachbehörden und der Koordinator

Bauablauf	Maßnahmen zu Sicherheit und Gesundheitsschutz	Verantwortlich
Zusammenstellung der Unterlagen (Bauvorlagen) für die Baugenehmigung	Berücksichtigung der Unterlage für spätere Arbeiten	Entwurfsverfasser, Koordinator
Einreichen des Bauantrages	Keine	Bauherr
Prüfung des Bauantrages und Genehmigung	Beteiligung der Arbeitsschutzbehörden	Behörden



3. Ausführungsphase

3.1 Ausführungsplanung

Maßgeblich beteiligte Personen: Entwurfsverfasser, Bauherr, Koordinator

Bauablauf	Maßnahmen zu Sicherheit und Gesundheitsschutz	Verantwortlich
Ggf. Überarbeiten des ersten Entwurfs	<ul style="list-style-type: none">- Sind die Kriterien für die Übermittlung einer Vorankündigung an die zuständige Arbeitsschutzbehörde erfüllt? Wenn ja, Vorbereitung der Vorankündigung- Ist ein SiGe- Plan zu erstellen? Wenn ja, Fertigen des ersten Entwurfs	Bauherr, Entwurfsverfasser, Koordinator
Durchführung der Fachplanung der Gewerke	Feststellen der Anzahl der Gewerke, Einbeziehung des Koordinators in die Fachplanung	Bauherr, Entwurfsverfasser, Koordinator
Erstellen des Bauzeitenplanes	<ul style="list-style-type: none">- Feststellen und Bewerten sich ergebender gegenseitiger Gefährdungen- Konkretisierung des Entwurfs des SiGe- Plans mit Darstellung der Gewerke und deren zeitlicher Einbindung auf der Baustelle- Darstellung der festgelegten Maßnahmen zur Minimierung von Gefährdungen und Benennung der Verantwortlichkeiten in Bezug auf die Durchführung von Sicherheitsmaßnahmen- Ermitteln und Zuordnen der zutreffenden und zu beachtenden Arbeitsschutzbestimmungen zu den Maßnahmen	Bauherr, Koordinator
Baubeschreibung	<ul style="list-style-type: none">- Erstellen der Unterlage für spätere Arbeiten- Ergänzung des SiGe- Planes	Bauherr, Entwurfsverfasser, Koordinator



3.2 Ausschreibung und Vergabe

Maßgeblich beteiligte Personen:

Entwurfsverfasser, Bauherr, Koordinator, Bauunternehmen

Bauablauf	Maßnahmen zu Sicherheit und Gesundheitsschutz	Verantwortlich
Mengenermittlung, Leistungsbeschreibung, Leistungsverzeichnis	<ul style="list-style-type: none"> - Leistungsbeschreibung unter Berücksichtigung der Aspekte des SiGe- Planes - Separate Beschreibung sicherheitstechnischer Aspekte - Abstimmung der Leistungsbeschreibungen mit dem Koordinator 	Entwurfsverfasser, Koordinator
Kostenermittlung	Berücksichtigung von Kosten für Sicherheit und Gesundheitsschutz	Entwurfsverfasser, Bauherr
Ausschreibungen	Integration von Belangen der Sicherheit und des Gesundheitsschutzes in die Ausschreibungstexte; Mitwirkung des Koordinators	Entwurfsverfasser, Koordinator
Erstellen der Angebote	<ul style="list-style-type: none"> - Berücksichtigung der geforderten Leistungen für Sicherheit und Gesundheitsschutz gemäß Ausschreibung unter Einbeziehung der Gefährdungsbeurteilung - Kalkulation der Kosten 	Bauunternehmen
Prüfen/Vergleichen der Angebote	Bewertung der Angebote durch den Koordinator, Anpassen des SiGe-Planes an den letzten Stand	Entwurfsverfasser, Koordinator
Submission, Vergabeverhandlung, Auftragserteilung	<ul style="list-style-type: none"> - Jeder gebundene Unternehmer erhält einen SiGe-Plan und wird in diesen eingewiesen, Festschreibung in den Verträgen - Ausfüllen und Übermitteln der Vorankündigung an die zuständige Behörde - Auswahl und Bestellung des Koordinators für die Bauausführungsphase, Übergabe des SiGe-Planes, Unterrichtung über den Planungsstand 	Bauherr, Koordinator Bauherr, Entwurfsverfasser



3.3 Bauausführung

Maßgeblich beteiligte Personen: Bauherr, Koordinator, ausführende Firmen, Bauleiter, Behörden

Bauablauf	Maßnahmen zu Sicherheit und Gesundheitsschutz	Verantwortlich
Bauüberwachung; Ausführung des Bauvorhabens entsprechend der Baugenehmigung, Koordination des Bauablaufes, Organisation des Baustellenbetriebes	<ul style="list-style-type: none"> - Anpassen des SiGe-Planes hinsichtlich der tatsächlichen Gegebenheiten auf der Baustelle, Koordination der Gewerke, Abstimmung der Maßnahmen des Arbeitsschutzes mit den bauausführenden Firmen unter Einbeziehung der Gefährdungsbeurteilungen, Überprüfung der gewerkeübergreifend genutzten sicherheitstechnischen Einrichtungen - Aktualisieren/Anpassen der Unterlage für spätere Arbeiten 	Koordinator, Bauleiter, bauausführende Firmen
Kontakte zu Fachplanern, Entwurfsverfasser, bauausführenden Firmen, Baubesprechungen, Qualitätssicherung	Einbeziehen des Koordinators in die Baubesprechungen, Auswertung der Feststellungen des Koordinators, ggf. Treffen von Festlegungen hinsichtlich der Sicherheit und des Gesundheitsschutzes	Koordinator, Bauleiter, bauausführende Firmen, Bauherr
Optimierung des Arbeitsablaufs, Personal- (Einsatz-)planung sowie die Material- und Geräteplanung	Durchführung der Arbeiten unter Berücksichtigung der Gefährdungsbeurteilung nach § 5 des Arbeitsschutzgesetzes, Abstimmung mit der Bauleitung und dem Koordinator, Beachtung des SiGe-Planes und der Hinweise des Koordinators, Integration des firmeninternen Arbeitsschutzmanagements auf der Baustelle	Bauausführende Firmen, Koordinator
Baustellenbegehungen	<ul style="list-style-type: none"> - Überprüfung/Kontrolle intern und extern, ggf. Beteiligung der Fachkräfte für Arbeitssicherheit - Abstimmung mit dem Koordinator - Aktualisieren/Anpassen des SiGe-Planes 	Arbeitsschutzbehörde, Berufsgenossenschaft, bauausführende Firmen, Koordinator



3.4 Bauabnahme und Übergabe

Maßgeblich beteiligte Personen:

Behörden, Bauherr, Entwurfsverfasser, Bauleiter

Bauablauf	Maßnahmen zu Sicherheit und Gesundheitsschutz	Verantwortlich
Bauabnahme, Mängelbeseitigung, Übergabe, Hinweise für die Nutzung (Ausrüstung, Wartung, Pflege), ggf. Zusammenstellung der erforderlichen Unterlagen (Zeichnungen, Pläne)	<ul style="list-style-type: none">- Abgleich/Ergänzung der Unterlage für spätere Arbeiten mit dem fertiggestellten Bauwerk- Übergabe der Unterlage an den Nutzer des Bauwerkes	Entwurfsverfasser, Behörden, Bauherr, Bauleiter

Quelle/Ursprung der Tabelle:

Arbeitsschutz in NRW „Handlungskonzept für den Bauherrn und von ihm Beauftragte zur sicheren und gesundheitsgerechten Gestaltung der Bauprozesse“



W Republice Federalnej Niemiec niezbędne są regulacje publiczno-prawne dotyczące dopuszczalności przeprowadzania prac budowlanych. W procedurze udzielania pozwoleń na budowę sprawdza się, czy zamierzona inwestycja budowlana odpowiada ogólnie obowiązującym przepisom publiczno-prawnym, a w szczególności przepisom dotyczącym planowania budowy oraz przepisom ustawy budowlanej. Ponadto inwestor w Republice Federalnej Niemiec jest współodpowiedzialny za ochronę pracy na budowach. Według Rozporządzenia o robotach budowlanych jako wdrożenia Dyrektywy EWG o budowach inwestor musi spełniać wymóg uwzględnienia bezpieczeństwa i ochrony zdrowia w fazie planowania inwestycji i urządzania placu budowy. Ma to na celu skuteczne zapobieganie możliwych do uniknięcia zagrożeń osób pracujących na budowie w wyniku błędnego planowania, nacisku terminów lub niewystarczającej koordynacji pracy. Jako uzasadnienie zwraca się m.in. uwagę na fakt, że liczba pracowników, którzy ulegli wypadkowi na budowach, jest ciągle jeszcze ponad dwa razy wyższa niż przeciętna we wszystkich innych branżach gospodarki przemysłowej i że liczba osób

odchodzących na przedwczesną emeryturę ze względu na zły stan zdrowia jest w budownictwie o wiele wyższa niż przeciętna.



Prawo budowlane – co powinien wiedzieć inwestor

Zanim na działce budowlanej nie rozpoczną się prace budowlane lub inne aktywności, kierownictwo budowy musi podjąć konieczne przygotowania, tak aby zamierzone wykorzystanie działki odpowiadało porządkowi urbanistycznemu. Istotnymi elementami są tutaj plan użytkowania terenów jako plan przygotowawczy miejscowego planowania przestrzennego oraz plan zabudowy jako obowiązujący plan miejscowego planowania przestrzennego. Dopiero przedłożenie planu zabudowy, który zostanie ogłoszony przez samorząd komunalny (miasta lub gminy) jako statut, daje podstawy prawne do podjęcia budowy. W przepisach prawa budowlanego krajów związkowych (Krajowe ustawy budowlane) zawarte są dalsze wymagania, które musi spełnić inwestor i wszyscy uczestniczący w budowie; odnoszą się one m.in. do działki budowlanej i jej zabudowy. Przepisy te zawierają na przykład regulacje dotyczące utrzymania odpowiednich odstępów, zewnętrznego ukształtowania, zapewnienia stateczności, ochrony przed wstrząsami, wilgocią i korozją, ochrony przeciwpożarowej i ochrony przed wysoką temperaturą, izolacji dźwiękowej i bezpieczeństwa ruchu na budowie oraz oświetlenia i ogrzewania.

Inwestor

Inwestor jest osobą przygotowującą i przeprowadzającą inwestycję budowlaną. Jest on m.in. zobowiązany do wyznaczenia odpowiednich rzeczoznawców. Podczas fazy projektowania, tzn. podczas całościowego planowania inwestycji budowlanej, musi zostać wyznaczony autor projektu (architekt, inżynier budowlany), geodeta oraz fachowcy ds. statyki, całości instalacji wewnętrznych budynku itp. W fazie realizacji budowy musi zostać wyznaczony kierownik budowy i przedsiębiorca. Inwestor jest zobowiązany do przekazania urzędowi nadzoru budowlanego i innym urzędom informacji o rozpoczęciu budowy, wykończeniu budynku w stanie surowym oraz ostatecznym wykończeniu budynku, poinformowania go o rzeczoznawcach, którzy otrzymali zlecenie wykonania oddzielnych prac, oraz przedłożenia mu koniecznych dokumentów.

Autor projektu

Autor projektu, na ogół jest nim architekt lub inżynier budowlany, doradca inwestorowi i wykonuje dokumentację budowlaną, w razie konieczności wspólnie z innymi planistami. Autor projektu ponosi odpowiedzialność za zgodność doku-



mentacji. Dlatego też dokumenty stanowiące część wniosku budowlanego muszą zostać podpisane przez autora projektu posiadającego odpowiednie uprawnienia. Każdy planista (statyk, inżynierowie ds. ogrzewania, wentylacji, wind, izolacji dźwiękowej itp.) oraz każdy geodeta jest odpowiedzialny za kompletność i odpowiednie wykonanie swej części projektu. Autor całego projektu jest natomiast również odpowiedzialny za zgodne z przepisami ząębienie się wszystkich poszczególnych części projektu. Autor projektu musi przestrzegać przepisów publiczno-prawnych oraz prawa ochrony pracy.

Wniosek o pozwolenie na budowę

Inwestor starając się o pozwolenie na budowę musi złożyć pisemny wniosek. We wniosku o pozwolenie na budowę należy przedstawić sprawdzalną całość projektu w formie dokumentacji zgodnie z wymaganiami prawa budowlanego. Należy przedłożyć plan sytuacyjny, projekt podstawowy, opis budowy, usuwanie odpadów oraz do pewnego stopnia dokumenty techniczno-budowlane dot. statyki oraz izolacji termicznej i dźwiękowej. Wniosek o pozwolenie na budowę należy składać w odpo-

wiednim urzędzie wydającym pozwolenia na budowę.

Pozwolenie na budowę

Pozwolenie na budowę jest pisemnym powiadomieniem, że zgodnie z obowiązującym prawem budowlanym nic nie stoi na przeszkodzie, aby rozpocząć budowę. Pozwolenie na budowę nie zmienia praw prywatnych, takich jak własność nieruchomości, prawo przechodu, umów dzierżawy lub wynajmu, hipotek i innych. Na życzenie inwestora lub jednego z autorów projektu wniosek o pozwolenie na budowę można składać stopniowo, odpowiednio do etapów opracowywania projektu. W takim wypadku po odnośnym sprawdzeniu wniosku udziela się decyzji wstępnych.

Urzędy uczestniczące w procesie udzielania pozwolenia na budowę

Przy ocenie projektów budowlanych urząd ds. zezwoleń budowlanych powinien korzystać z pomocy innych administracyjnych urzędów specjalistycznych, np. urzędu wodnego, niższego szczebla urzędu ds. ochrony przyrody, niższego szczebla urzędu ds. gospodarki odpadami, niższego szczebla urzędu ds. ochrony zabytków, instytucji odpowiedzialnej



za ochronę przeciwpożarową, urzędu zdrowia oraz innych urzędów. W przypadku niektórych projektów urząd ds. zezwoleń budowlanych powinien zwrócić się również do innych urzędów, takich jak na przykład: państwowy urząd sprawujący nadzór nad prowadzeniem działalności gospodarczej (krajowy urząd ochrony pracy), krajowy urząd budowy dróg, krajowy urząd ds. ochrony środowiska i krajowy urząd ds. leśnictwa. Ponadto powinien zasięgnąć opinii różnych rzeczoznawców. O fakcie udzielenia zgody na budowę urząd ds. zezwoleń budowlanych zobowiązany jest powiadomić następujące urzędy: statystyczny urząd krajowy, urząd skarbowy, urząd podatkowy, okręgowego mistrza kominiarstwa, urząd geodezji i kataster, urząd mieszkaniowy oraz inne instytucje.

Urzędy nadzoru budowlanego

Najwyższy urząd nadzoru budowlanego danego kraju federalnego decyduje na mocy przepisów administracyjnych o bardziej szczegółowych wymaganiach dotyczących materiałów budowlanych, części budowy oraz budynków. Urząd ds. zezwoleń budowlanych jako urząd nadzoru budowlanego niższego szcze-

bla powinien pilnować przestrzegania prawa budowlanego przy udzielaniu pozwoleń lub odmów na budowę oraz egzekwować prawo gruntowe.

Inżynierowie ds. kontroli

Za „inżyniera kontrolującego statykę” uznaje się osobę, która na podstawie swej wiedzy fachowej, doświadczenia oraz osobowości potrafi sprostać zadaniom „inżyniera kontrolującego” i wykonuje je bezstronnie. Tacy inżynierowie pracują dla urzędu ds. zezwoleń budowlanych niższego szczebla jako osoby naturalne lub prawne prawa prywatnego z przekazanymi funkcjami administracji państwowej.

Kierownicy budowy

Kierownik budowy otrzymuje zlecenie od inwestora i staje się jego zastępcą, rzeczoznawcą kontrolującym urządzenie budowy zgodnie z prawem budowlanym oraz prawem o umowach. Kierownika budowy, który zazwyczaj jest autorem projektu lub jego współautorem, nie należy mylić z osobami odpowiedzialnymi, które zatrudniają przedsiębiorstwa wykonujące prace na budowie.



Przedsiębiorca

Przedsiębiorca otrzymuje zlecenie od inwestora na przeprowadzenie inwestycji budowlanej w sposób sprawdzalny, zgodny z obowiązującymi przepisami, bezpieczny i odpowiadający prawu budowlanemu. W prywatnej umowie o usługach ustalony zostaje rodzaj oraz jakość wykonania pracy wg. znormalizowanych zasad zlecenia i wykonawstwa robót publicznych w budownictwie (VOB).

Rozpoczęcie robót

Roboty budowlane rozpoczynają się w chwili przerzucenia pierwszej łopaty ziemi w wykopie pod budowę. Inwestor może rozpocząć inwestycję budowlaną dopiero po otrzymaniu pozwolenia na nią oraz po zgłoszeniu urzędowi ds. prawa budowlanego faktu wyznaczenia jej położenia i wysokości.

Wizytacja stanu budowy

Inwestor musi zgłosić w odpowiednim czasie urzędowi nadzoru budowlanego, że zakończył prace nad budynkiem w stanie surowym oraz że całkowicie zakończył budowę. Urząd, dokonując kontroli stanu budowy, sprawdza zgodność najważniejszych części budowy z pozwole-

niem na budowę i obowiązującymi przepisami. Urząd nadzoru budowlanego może ograniczyć kontrolę do prób losowych, a w niektórych przypadkach nawet całkowicie z niej zrezygnować. Na żądanie urząd nadzoru budowlanego może wystawić inwestorowi zaświadczenie o wyniku wizytacji.

Odbiór

Poprzez odbiór budowy inwestor lub jego pełnomocnik przyjmuje od przedsiębiorcy wykonaną usługę i jednocześnie uznaje ją za wykonaną zgodnie z umową. Odbioru nie należy mylić z pozwoleniem na użytkowanie.

Pozwolenie na użytkowanie

Pewne urządzenia techniczno-budowlane wymagają pozwolenia na użytkowanie już po ich zainstalowaniu, ale jeszcze przed użytkowaniem. Należą do nich: instalacja grzewcza, otwarte kominki, pompy ciepłe, hydrofony i kanalizacja. Odnosne pozwolenie nie jest konieczne, jeżeli przedsiębiorstwo wykonujące instalację lub rzeczoznawca wystawi zaświadczenie, że instalacja odpowiada obowiązującym przepisom i normom prawnym. W umowie o usługach inwestor powi-



nien wyraźnie zlecić każdemu przedsiębiorcy przedłożenie takiego zaświadczenia o wykonanej przez niego usłudze. W przypadku braku takiego zaświadczenia urząd ds. zezwoleń budowlanych musi na koszt inwestora dokonać kontroli stanu budowy,

by móc udzielić odnośnego pozwolenia na użytkowanie. Urząd nadzoru budowlanego może udzielić zaświadczenia o ostatecznym odbiorze budowy, pozwalającego na użytkowanie obiektu, jedynie na podstawie wizytacji stanu budowy.

Rozporządzenie o robotach budowlanych – co powinien wiedzieć inwestor

Odpowiedzialność inwestora

Jako inicjator inwestycji budowlanej inwestor ponosi całkowitą odpowiedzialność za inwestycję. Ta całkowita odpowiedzialność obejmuje zarówno fazę planowania jak i realizacji inwestycji budowlanej. Odpowiedzialność inwestora dotyczy przestrzegania przepisów publiczno-prawnych, w szczególności wymagań publicznego prawa budowlanego, oraz – z chwilą wejścia w życie Rozporządzenia o robotach budowlanych – również przestrzegania przepisów dot. ochrony pracy. Inwestor jest zobowiązany do wprowadzenia i realizo-

wania wymienionych w Rozporządzeniu o robotach budowlanych środków ochrony pracy.

Odpowiedzialne osoby trzecie

Inwestor może zlecić zadania wynikające z Rozporządzenia o robotach budowlanych odpowiedniej osobie trzeciej, która przejmuje wtedy odpowiedzialność. Inwestor ponosi jednak odpowiedzialność za wybór, tzn. musi postarać się o staranny wybór kompetentnej osoby trzeciej, o zgodne z przepisami przekazanie zadań i uprawnień oraz o kontrolę wypełniania powierzonych zadań.



Ogólne podstawy wg. § 4 Ustawy o ochronie pracy

Podczas planowania i realizacji inwestycji budowlanej należy uwzględnić niezbędne środki ochrony pracy. Przy ustaleniu, realizacji i kontroli skuteczności tych środków należy kierować się ogólnymi zasadami zdefiniowanymi w Ustawie o ochronie pracy. Zgodnie z tymi zasadami już w fazie planowania należy ustalić zagrożenia, które mogą wystąpić w ramach danej inwestycji i szukać możliwości ich uniknięcia lub zminimalizowania. Należy ewentualnie skonsultować się z odpowiednimi specjalistami, tak aby w wystarczającym stopniu uwzględnić stan techniczny, medycynę pracy i higienę oraz inne wyniki badań naukowych w zakresie medycyny pracy. Należy przy tym zwrócić uwagę na wzajemne oddziaływanie na siebie osób, środków pracy, przedmiotów pracy oraz organizacji pracy wynikające z powierzonego zadania i związane z otoczeniem pracy. Zmieniające się nieustannie warunki pracy na budowie wymagają ewentualnie zastosowania szczególnych środków. Stosowanie zasad ogólnych wymaga specjalnej wiedzy fachowej, której sam inwestor zazwyczaj nie posiada. Stąd często ko-

nieczne jest włączenie odpowiednich osób posiadających wiedzę specjalistyczną w dziedzinie ochrony pracy (np. koordynatora), tak aby spełnić warunki wynikające z Rozporządzenia o robotach budowlanych.

Zastosowanie zasad ogólnych

Przy przygotowaniu opisu inwestycji budowlanej oraz przy przetargu należy uwzględnić zasady ogólne. Ustawowe ubezpieczenie ubezpieczające od wypadku oraz ofierenci działający na wolnym rynku posiadają wzory tekstów przetargów, spełniające te wymagania. Wszyscy uczestniczący w przetargu powinni otrzymać możliwie szybko niezbędne informacje na temat pozostałych zagrożeń oraz informacje dotyczące przewidzianych środków zapobiegawczych. Dotyczy to przede wszystkim obszarów pracy, gdzie jednocześnie pracuje kilka różnych przedsiębiorstw. Powyższe zasady należy brać pod uwagę również przy uzupełnieniach i konkretyzacjach dot. poszczególnych branż.

Zgłoszenie wstępne

Zgłoszenie wstępne o inwestycji budowlanej należy złożyć we właściwym urzędzie ochrony pracy naj-



później na dwa tygodnie przed rozpoczęciem robót budowlanych. Zgłoszenie wstępne należy umieścić na budowie w widocznym miejscu, chronionym przed wpływami pogody. W przypadku większych zmian informacje należy odpowiednio zaktualizować. Dzięki temu wszyscy uczestnicy oraz pracownicy budowy mają szybki przegląd podziału kompetencji i organizacji budowy. Właściwy urząd ds. ochrony pracy ma dzięki temu możliwość podjęcia w razie potrzeby działań doradczych jeszcze przed rozpoczęciem prac budowlanych.

Plan bezpieczeństwa i ochrony zdrowia (bioz)

Plan bezpieczeństwa i ochrony zdrowia jest najważniejszym instrumentem koordynacji bezpieczeństwa dla inwestycji budowlanej. W celu zapewnienia jego skuteczności plan bioz powinien zostać sporządzony jeszcze w fazie planowania inwestycji budowlanej. Planowanie bezpieczeństwa zaczyna się od opisu projektu budowlanego oraz przetargu dla poszczególnych branż oraz usług. Powinny być w nim zawarte, podobnie jak w terminarzu przeprowadzania budowy, terminy poszczególnych prac oraz branż wraz z

ewentualnymi punktami styicznymi. Szczególną uwagę należy zwrócić na odpowiednio wczesne ustalenie i ocenę możliwych zagrożeń występujących w ramach przeprowadzanych prac. Należy określić zagrożenia oraz środki ochrony pracy mające przeciwdziałać tym zagrożeniom. Należy jednoznacznie wyznaczyć osoby odpowiedzialne za zastosowanie tych środków. Ze względu na dynamikę istniejącą na budowie w każdej chwili mogą wystąpić zmiany wymagające odstępstwa od pierwotnego planu. Zmiany te należy uwzględnić poprzez odpowiednią aktualizację planu bioz. Szczególnie wyraźnie należy zaznaczyć środki bezpieczeństwa wykorzystywane ponadbranżowo, wspólnie przez kilku zleceńbiorców. Należy pamiętać o objaśnieniu planu bioz wszystkim uczestniczącym w przedsięwzięciu budowlanym, w szczególności zaś firmom przeprowadzającym budowę, o odpowiednim ich poinstruowaniu oraz określeniu zakresu odpowiedzialności. Wszyscy uczestniczący w inwestycji budowlanej muszą mieć możliwość wglądu do planu bioz.



Koordinacja

Poprzez odpowiednią koordynację możliwe jest zapewnienie stałego bezpieczeństwa przy wykonywaniu prac oraz osiągnięcie bezproblemowego przebiegu budowy. Koordynacja musi mieć miejsce już w fazie planowania, bo tylko w ten sposób można zapewnić jej skuteczność. Podczas realizacji inwestycji budowlanej może ona przybierać bardzo różne formy sięgające od doradztwa dla inwestora w fazie planowania urządzenia budowy (np. urządzenia zabezpieczające wspólne dla kilku branż), poprzez współdziałanie podczas przetargu z uwzględnieniem aspektów ochrony pracy aż do opracowania planu bioz. Podczas fazy realizacji budowy konieczne jest, przy uwzględnieniu ogólnych zasad, dostosowanie do siebie ustalonych przedsięwzięć, zorganizowanie współpracy pod kątem bezpieczeństwa i ochrony zdrowia z firmami przeprowadzającymi prace oraz kontrola przeprowadzania robót budowlanych. Ponadto niezbędne jest przeprowadzanie regularnych wizytacji budowy oraz informowanie o ich wynikach osoby odpowiedzialne podczas odnośnych porad. Jest to zadanie koordynatora, powołanego przez inwestora.

Koordinator

Zadaniem koordynatora jest doradztwo dla inwestora oraz wspieranie go, tak aby budowa przebiegała bezpiecznie i aby wykonywane prace nie zagrażały zdrowiu pracowników. Podstawą do wykonywania tego zadania jest wymiana niezbędnych informacji pomiędzy wszystkimi uczestnikami budowy oraz zapewnienie wzajemnej komunikacji. Koordynator musi być osobą odpowiedzialną do wykonywania tego typu zadań. Oznacza to, że musi on posiadać nie tylko wiedzę fachową w dziedzinie budownictwa, ale również w zakresie ochrony pracy. Korzystne jest, jeżeli koordynator ma już odpowiednie doświadczenie oraz zna się na planowaniu i przeprowadzaniu inwestycji budowlanych. Koordynator powinien posiadać też takie cechy, jak umiejętność pokonywania przeszkód i kompetencja socjalna, ponieważ odgrywają one ogromną rolę podczas pracy z ludźmi oraz przy kontaktach z całym zespołem. Inwestor musi wydać koordynatorowi zlecenie na piśmie i przekazać mu tym samym odpowiednie kompetencje. Powołanie koordynatora nie zwalnia pracodawcy przedsiębiorstwa przeprowadzającego budowę z odpowiedzialności ochrony pracy.



Dokumentacja dot. późniejszych prac wykonywanych na obiekcie budowlanym

Dokumentacja późniejszych prac służy przygotowaniu informacji koniecznych do bezpiecznego i chroniącego zdrowie pracowników przeprowadzania dalszych prac na obiekcie budowlanym. Dokumentację tę opracowuje z reguły koordynator wraz z architektem/planistą. Późniejsze prace mogą dotyczyć nie tylko prac konserwatorskich lub utrzymania sprawności technicznej budynku, ale również jego wyburzenia. Dokumentacja informuje np. o użytych materiałach budowlanych, zawiera rysunki oraz pozwolenia i dokumenty z przeprowadzonych kontroli. Ponadto zawiera informacje o środkach bezpieczeństwa, koniecznych podczas przeprowadzania późniejszych prac. Dokumentację należy zacząć sporządzać jeszcze w fazie planowania przedsięwzięcia budowlanego. Już przy rozpisaniu przetargu na usługi budowlane należy uwzględnić w dokumentacji istotne aspekty konieczne dla bezpiecznego przeprowadzania późniejszych prac. Dokumentacja ta ma zapewnić przedłożenie na długo przed rozpoczęciem koniecznych prac konserwatorsko-remontowych odpowied-

nych propozycji, które umożliwią przeprowadzanie późniejszych prac bez zagrożenia zdrowia. Propozycje te stanowią z kolei podstawę do przetargu na przeprowadzanie późniejszych prac. Powyższą dokumentację należy przekazać inwestorowi po zakończeniu prac budowlanych. Należy przechowywać ją lub ewentualnie przekazać osobie użytkującej obiekt budowlany.

Przedsiębiorcy bez pracowników

Przedsiębiorcy bez pracowników, którzy sami pracują na budowie, muszą również uwzględnić wskazówki koordynatora i przeprowadzać prace budowlane zgodnie z planem bioz.

Włączenie Rozporządzenia o robotach budowlanych w przebieg budowy



1. Faza projektu

Najważniejszymi osobami biorącymi udział w fazie projektu są autor projektu oraz inwestor.

Przebieg budowy	Środki mające na celu bezpieczeństwo i ochronę zdrowia	Osoby odpowiedzialne
Sporządzenie koncepcji	Już podczas opracowywania koncepcji należy wziąć pod uwagę kryteria bezpieczeństwa pracy i ochrony zdrowia > należą do nich unikanie lub zmniejszanie ryzyka, ocena zagrożeń i zwalczanie ich w miejscu, gdzie powstają, oraz uwzględnianie stanu techniki, medycyny pracy i innych wyników badań naukowych	inwestor, autor projektu, koordynator, o ile został on już powołany
Koncepcja finansowania	Planowanie kosztów środków, które należy podjąć zgodnie z Rozporządzeniem o robotach budowlanych (koordynator i jego zadania, np. plan bioz, środki bezpieczeństwa podczas realizacji budowy, np. rusztowania, trwałe techniczne środki bezpieczeństwa)	inwestor, autor projektu
Planowanie specjalistyczne, kwalifikacje	Uwzględnienie ew. szczególnych kwalifikacji dot. ochrony pracy, wybór i powołanie koordynatora w fazie planowania; włączenie do planowania i koordynacji, wspólnie z autorem projektu i planistami, odpowiednich środków zgodnie z Rozporządzeniem o robotach budowlanych	inwestor, autor projektu, koordynator
Zbieranie informacji istotnych przy planowaniu	Stwierdzenie zastarzałych skażeń, sąsiadujących mediów, przewodów zaopatrzeniowych oraz włączenie ich do planu bioz	inwestor, autor projektu, koordynator



2. Wniosek o pozwolenie na budowę, pozwolenie na budowę

Najważniejszymi osobami biorącymi tu udział są autor projektu, inwestor, urząd nadzoru budowlanego, ew. urzędy specjalistyczne oraz koordynator

Przebieg budowy	Środki mające na celu bezpieczeństwo i ochronę zdrowia	Osoby odpowiedzialne
Zestawienie dokumentacji (projekty budowlane) potrzebnej do uzyskania pozwolenia na budowę	Uwzględnienie dokumentacji dla późniejszych prac	autor projektu, koordynator
Złożenie wniosku o pozwolenie na budowę	brak	inwestor
Sprawdzenie wniosku o pozwolenie na budowę i udzielenie pozwolenia na budowę	Udział urzędów ds. ochrony pracy	urzędy



3. Faza realizacji budowy

3.1. Planowanie realizacji budowy

Najważniejszymi osobami biorącymi tu udział są inwestor, autor projektu oraz koordynator.

Przebieg budowy	Środki mające na celu bezpieczeństwo i ochronę zdrowia	Osoby odpowiedzialne
Ew. wprowadzenie zmian do pierwszego projektu	<ul style="list-style-type: none">- Czy zostały spełnione kryteria złożenia wstępnego zgłoszenia o budowie we właściwym urzędzie ds. ochrony pracy? Jeżeli tak, to przygotowanie zgłoszenia wstępnego.- Czy należy sporządzić plan bioz? Jeżeli tak, sporządzenie pierwszego projektu planu.	inwestor, autor projektu, koordynator
Przeprowadzenie planowania specjalistycznego poszczególnych branż	Stwierdzenie liczby poszczególnych branż, włączenie koordynatora do planowania specjalistycznego	inwestor, autor projektu, koordynator
Sporządzenie terminarza przebiegu budowy	<ul style="list-style-type: none">- Ustalenie i ocena powstających wzajemnych zagrożeń- Skonkretyzowanie projektu planu bioz z przedstawieniem wszystkich branż oraz terminami ich prac na budowie- Przedstawienie ustalonych środków zmierzających do zminimalizowania zagrożeń i ustalenie odpowiedzialności odnośnie wprowadzenia niezbędnych środków zapewniających bezpieczeństwo- Ustalenie i przyporządkowanie do przepisów ochrony pracy odpowiednich środków ochrony, które należy uwzględnić	inwestor, koordynator
Opis budowy	Sporządzenie dokumentacji późniejszych prac; uzupełnienie planu bioz	inwestor, autor projektu, koordynator



3.2. Przetarg i zlecenia

Najważniejszymi osobami biorącymi tu udział są autor projektu, inwestor, koordynator oraz przedsiębiorstwa budowlane.

Przebieg budowy	Środki mające na celu bezpieczeństwo i ochronę zdrowia	Osoby odpowiedzialne
Stwierdzenie liczby, opis usługi, spis usług	<ul style="list-style-type: none">- Opis wymaganych usług przy uwzględnieniu aspektów planu bioz- Osobny opis z uwzględnieniem aspektów bezpieczeństwa technicznego- Ustalenie opisu usług z koordynatorem	autor projektu, koordynator
Ustalenie kosztów	Uwzględnienie kosztów przeznaczonych na bezpieczeństwo i ochronę pracy	autor projektu, inwestor
Przetargi	Włączenie kwestii bezpieczeństwa i ochrony zdrowia w tekst przetargu; współpraca koordynatora	autor projektu, inwestor
Sporządzenie ofert	Uwzględnienie wymaganych usług związanych z bezpieczeństwem i ochroną pracy zgodnie z przetargiem przy wzięciu pod uwagę oceny zagrożenia	inwestor
Sprawdzenie i porównanie ofert	Ocena ofert przez koordynatora oraz dopasowanie planu bioz do aktualnego stanu projektu	autor projektu, koordynator
Przetarg publiczny, negocjacje przy udzielaniu zleceń, udzielenie zlecenia	<ul style="list-style-type: none">- Każdy przedsiębiorca biorący udział w przedsięwzięciu budowlanym otrzymuje plan bioz wraz z odpowiednimi instrukcjami, zapis w umowach- Wypełnienie i przekazanie wstępnego zgłoszenia o planowanej inwestycji budowlanej do odpowiedniego urzędu- Wybór i powołanie koordynatora dla tej fazy realizacji budowy, przekazanie planu bioz, poinformowanie o stanie planowania	inwestor, koordynator inwestor, autor projektu



3.3. Realizacja budowy

Najważniejszymi osobami biorącymi tu udział są inwestor, koordynator, firmy przeprowadzające prace budowlane, kierownik budowy, urzędy.

Przebieg budowy	Środki mające na celu bezpieczeństwo i ochronę zdrowia	Osoby odpowiedzialne
Nadzór nad budową, realizacja budowy zgodnie z pozwoleniem na budowę, koordynacja przebiegu budowy, organizacja funkcjonowania budowy	<ul style="list-style-type: none">- Dopasowanie planu bioz do rzeczywistego stanu rzeczy na budowie, koordynacja branż, uzgadnianie z firmami przeprowadzającymi prace budowlane środków mających na celu ochronę pracy przy uwzględnieniu oceny zagrożenia, kontrola ponadbranżowych, wspólnie wykorzystywanych urządzeń bezpieczeństwa technicznego- Aktualizacja / dostosowanie dokumentacji dla późniejszych prac	koordynator, kierownik budowy, firmy przeprowadzające prace budowlane
Kontakty z planistami, autorem projektu, firmami przeprowadzającymi prace budowlane, narady dot. budowy, zapewnienie jakości	Włączenie koordynatora do narad dot. budowy, ewaluacja ustaleń koordynatora, ew. podjęcie ustaleń dotyczących bezpieczeństwa i ochrony zdrowia	koordynator, kierownik budowy firmy przeprowadzające prace budowlane, inwestor
Optymalizacja przebiegu pracy, planowanie użycia personelu oraz planowanie materiałów i urządzeń	Przeprowadzenie prac przy uwzględnieniu oceny zagrożenia według § 5 Ustawy o ochronie pracy, uzgodnienia z kierownictwem budowy i koordynatorem, kierowanie się planem bioz oraz stosowanie się do wskazówek koordynatora, wprowadzenie na budowie wewnętrznego zarządzania ochroną pracy firm	firmy przeprowadzające prace budowlane, koordynator
Wizyty budów	<ul style="list-style-type: none">- Sprawdzenie / kontrola wewnętrzna i zewnętrzna, ew. przy udziale fachowców ds. bezpieczeństwa pracy- Uzgodnienia z koordynatorem- Aktualizacja / dostosowanie planu bioz	urząd ds. ochrony pracy, ubezpieczyciele od następstw nieszczęśliwych wypadków przy pracy, firmy przeprowadzające prace budowlane, koordynator



3.4. Odbiór i przekazanie budowy

Najważniejszymi osobami biorącymi tu udział są inwestor, koordynator, firmy przeprowadzające prace budowlane, kierownik budowy, urzędy.

Przebieg budowy	Środki mające na celu bezpieczeństwo i ochronę zdrowia	Osoby odpowiedzialne
Odbiór budowy, usunięcie braków, przekazanie budowy, wskazówki dot. korzystania (wyposażenie, naprawy, pielęgnacja), ew. zestawienie potrzebnej dokumentacji (rysunki, plany)	<ul style="list-style-type: none">- Dopasowanie / uzupełnienie dokumentacji dla późniejszych prac przeprowadzanych na wykonanym obiekcie budowlanym- Przekazanie dokumentacji osobie korzystającej z obiektu budowlanego	autor projektu, urzędy, inwestor, kierownik budowy

Źródło / pochodzenie tabeli: Ochrona pracy w Północnej Nadrenii-Westfalii: „Handlungskonzept für den Bauherrn und von ihm Beauftragte zur sicheren und gesundheitsgerechten Gestaltung der Bauprozesse“ (Koncepcja działania dla inwestorów i osób przez nich upoważnionych, tak aby proces budowy przebiegał bezpiecznie i bez zagrożeń dla zdrowia)

Herausgeber:

**Landesamt für Arbeitsschutz
des Landes Brandenburg**

Öffentlichkeitsarbeit

Horstweg 57

14478 Potsdam

<http://bb.osha.de>

Titelgestaltung und Satz: Arne-Design, Briesen

Titelfoto: Landesamt für Arbeitsschutz

Druck: Offsetdruckerei Chromik Frankfurt (Oder)

Auflage: 4.000

November 2005